Ressort: Lokales

Bundesrechnungshof fordert Neuverhandlung der Fehmarnbeltquerung

Bonn, 13.03.2015, 17:25 Uhr

GDN - Der Bundesrechnungshof fordert, dass der Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark über die Fehmarnbeltquerung neu verhandelt wird. Laut eines Berichts des NDR-Politikmagazins "Panorama 3" moniert der Rechnungshof in einem bislang unveröffentlichten Bericht die Kostensteigerung von rund 800 Millionen auf bis zu 2,2 Milliarden Euro.

Angesichts der noch nicht abgeschlossenen Planung des Projekts könne davon ausgegangen werden, dass es sich bei den genannten Kosten um Mindestangaben handle. Unklar sei außerdem, welche Auswirkungen die Verzögerung der Fertigstellung haben werde. Der Rechnungshof geht nach laut "Panorama 3" davon aus, dass die Kostenschätzung erheblich überschritten werde. Außerdem sei zu hinterfragen, ob die Anzahl der Züge angesichts der neuen Trasse gleich bleiben werde. Vor diesem Hintergrund fordert der Bundesrechnungshof das Bundesverkehrsministerium dazu auf, rechtlich zu prüfen, ob der Staatsvertrag mit Dänemark neu verhandelt werden kann. Der Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark wurde im Jahr 2009 geschlossen. Dabei wurde festgelegt, dass die dänische Seite die Kosten der Querung übernimmt, Deutschland lediglich die Kosten der Hinterlandanbindung. Die Planung der Straßen und Schienentrassen erwies sich jedoch als schwierig, weil es bei Anwohnern in der Region Proteste gab. Durch die erforderliche Neuplanung sind die Kosten der Hinterlandanbindung deutlich gestiegen. Im Staatsvertrag ist geregelt, dass Deutschland und Dänemark die Lage "aufs Neue erörtern" werden, wenn sich die Voraussetzungen für das Projekt "deutlich anders entwickeln als angenommen". Der Bundesrechnungshof hält es deshalb für angebracht, den Staatsvertrag neu zu verhandeln. Mit dem Bericht des Bundesrechnungshofes wird sich Ende März der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages befassen. Das Bundesverkehrsministerium hat auf Nachfrage von "Panorama 3" bisher nicht reagiert.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-51296/bundesrechnungshof-fordert-neuverhandlung-der-fehmarnbeltquerung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619